



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

1. Eröffnung der Sitzung durch den Stadtratspräsidenten für das Jahr 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden, die Gäste sowie die auszubildenden Schreiner zur ersten Stadtratssitzung im Jahre 2014. Obwohl der Jahreswechsel schon etwas zurückliege, wünsche er allen Zufriedenheit, Erfolg und vor allem Gesundheit im neuen Jahr.

Drei junge, lernende Berner Schreiner werden während des ersten Teils der heutigen Sitzung in der in der Ratsmitte eingerichteten Werkstatt ruhig an ihren Werkstücken (sogenannten Schreinerknoten) weiterarbeiten, obwohl der Stadtrat zwar keine Handwerksstatt, sondern eher eine "Denkwerkstatt" sei.



Bevor nähere Erklärungen zur Demonstration folgen, danke er für das ihm mit der Wahl zum Stadtratspräsidenten geschenkte Vertrauen. Er halte es für eine ehrenvolle Aufgabe, seine Stadt an vorderster Front vertreten zu dürfen.

Auf die Unterstützung des Parlaments zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben zählend, freue er sich auf das bevorstehende Jahr und auf angeregte aber nicht aufgeregte Debatten mit einer hochstehenden Streitkultur. Die Entscheide des Rats sollen alle zum Wohle der Stadt Langenthal und nicht zum Wohl einer gewissen Ideologie getroffen werden.

Einem glücklichen Zufall sei es zu verdanken, dass zumindest etwa die Hälfte der Parlamentsmitglieder vor der Stadtratssitzung an der Spezialführung zur Excellent Swiss Design-Ausstellung des Design Preis Schweiz im Design Depot teilgenommen habe. Um Meisterleistungen mit Materialien wie Textilien, Metall, Kunststoff oder Holz zu erbringen, wie sie in der Ausstellung gezeigt werden, brauche es viel handwerkliches Geschick und Know how, was bei Betrachtung des fertigen Produktes oft nicht sichtbar sei.

Die drei anwesenden jungen, lernenden Schreiner bereiten sich an der Berufsfachschule Langenthal auf die Teilnahme an den Schweizer-Schreiner-Meisterschaften (Swiss Skills) vor, welche im September 2014 in Bern stattfinden.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Während seiner Präsidentschaft möchte er der Berufsbildung in der Schweiz im Allgemeinen und im Besonderen der Berufsbildung der Berufsfachschule Langenthal eine Plattform geben. Er sei der festen Überzeugung, dass das duale Berufsbildungssystem der Schweiz eine der Erfolgssäulen des schweizerischen Wohlstandes sei (dual = genial!). Unzählige mittlere und kleine Betriebe bilden Berufsleute in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen aus. In Langenthal befinde sich eine der verdienten Berufsschulen.

Anlässlich der 1150-Jahr-Feier der Stadt Langenthal im Jahr 2011 sei das Bildungszentrum Langenthal (bzl) zu sehen gewesen. Die Berufsfachschule Langenthal als Bestandteil des bzl sei einer der wichtigen Bausteine im grossen Bildungsangebot Langenthals. An dieser Stelle heisse er den heute anwesenden Rektor der Berufsfachschule, Herrn Thomas Zaugg, herzlich willkommen. Die Durchlässigkeit der beruflichen Weiterbildung ermögliche den Lernenden später auch den Zugang zu höheren Bildungsstätten.

Er nutze die Gelegenheit, die heute anwesenden Lernenden vorzustellen und sie nach ihrer beruflichen Motivation zu befragen. Während der Interviews bestehe die Möglichkeit, die unter den Stadtratsmitgliedern verteilten, von den Lernenden gefertigten Übungsstücke (Schreinerknoten) auseinanderzunehmen und diese wieder zusammenzusetzen, um die Fingerfertigkeit und das logische Denken zu prüfen.



Ohne Coaches und Trainer gebe es keine guten Teams. Er freue sich Herrn Ueli Fiechter vorstellen zu dürfen, der mit den jungen Leuten zusammenarbeite. Herr Ueli Fiechter sei Schreinermeister und Fachlehrer an der Berufsfachschule Langenthal und einer der Verantwortlichen der Genehmigungsgruppe Swiss Skills. Herr Ueli Fiechter werde dem Rat den Ablauf des Berufswettbewerbs bzw. der Berufsmeisterschaften erklären.

Ueli Fiechter: "Die drei heute anwesenden Lernenden gehören zu den 90 Schreibern, die sich für die Teilnahme an den Meisterschaften der Stufe 2 bereits qualifiziert haben."

Momentan bereiten sich die Teilnehmer auf die Meisterschaften der Stufe 2 vor, um eine reelle Chance für die Qualifikation zur Stufe 3 zu erhalten.

An der im September stattfindenden Schweizer-Meisterschaft werden die neun besten Schreiner antreten."

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): "Was motiviert Sie, Herr Fiechter, mit so jungen Leuten auf so einen Wettbewerb hin zu arbeiten?"

Ueli Fiechter: "Grundsätzlich ist es eine Ehrensache mit jungen und motivierten Leuten arbeiten zu dürfen. Von der Sektion Bern animiert, die sich vor Langenthal und anderen bernischen Berufsfachschulen qualifiziert hat, geht es nun darum, das Bestmögliche herauszuholen und die Chancen zu nutzen. Ein zusammengestelltes Team - bestehend aus Coaches, Instruktoren, Berufsfachleuten - bereitet die Teilnehmenden vor."



World Skills – Berufsweltmeisterschaft

Zyklus 2014/15
São Paulo

- Stufe 5** 11.08 - 16.08.2015
[WorldSkills \(Berufsweltmeisterschaft\)](#)
- Stufe 4** 04.09 - 21.09.2014
[Schweizermeisterschaft](#)
- Stufe 3** 23.05 - 30.08.2014
[Schreiner-Nationalmannschaft](#)
- Stufe 2** 26.03 - 13.04.2014
[Schreiner-Meisterschaften](#)
- Stufe 1** 03.08 - 16.11.2013
[Sektionsmeisterschaften](#)



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): "Was hat ein Schreiner für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten?"

Ueli Fiechter: "Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind sehr vielfältig. Zwei der drei anwesenden Lernenden gehen nach der Lehre in die BMS, womit sie einen Zugang zu den Fachhochschulen erhalten und im Anschluss daran den Bachelor und den Master erlangen können. Selbstverständlich gibt es auch die höhere Berufsausbildung und höhere Fachschulen, wo die bis anhin bekannten Ausbildungen (Berufsprüfung, Meister oder Techniker HF) absolviert werden können. Die breite Förderung der Berufs- und Kaderleute ist in Bezug auf die Nachhaltigkeit sehr wichtig."

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) dankt Herrn Ueli Fiechter im Namen des Stadtrates für sein Engagement und bittet die drei Lernenden zum Interview.

■ "Herr May, warum wollten Sie Schreiner lernen und wie wurden Sie auf die Ausbildung aufmerksam?"

Simon May: "Ich arbeite sehr gerne mit Holz. In der 8. Klasse der Schule während einer Schnupperwoche in einem Schreinerbetrieb, habe ich so Gefallen an diesem Beruf gefunden, dass ich nichts mehr anderes tun wollte."

■ "Herr May, dann üben Sie den Beruf auch als Hobby und in der Freizeit aus?"

Simon May: "Nein, nein, ich treibe sehr gerne Sport und bin auch Mitglied im Turnverein."

■ "Herr May, was möchten Sie nach der Lehre gerne machen?"

Simon May: "Nach der Rekrutenschule beabsichtige ich die BMS zu absolvieren, wozu ich die Vorkurse schon besucht habe, um prüfungsfrei aufgenommen zu werden."

■ "Herr May, was finden Sie als junger Mann, ist der Schreinerberuf auch etwas für Frauen?"

Simon May: "Ich denke ja. In unserer Klasse sind drei Frauen. Auch in den überbetrieblichen Kurslehrgängen (ÜK'S) der jüngeren Lernenden sind immer etwa ein oder zwei Frauen an der Arbeit."

■ "Herr Gugger, bitte erklären Sie, was Sie mit dem Werkstück vor sich machen."

Dominic Gugger: "Im bin am Anreissen des Stückes, was heisst, die später zu machenden Arbeiten anzuzeichnen."

■ "Herr Gugger, bitte erklären Sie uns, um was es sich bei dem Werkstück links von Ihnen handelt?"

Dominic Gugger: "Das ist ein Hocker, der an den Sektions-Meisterschaften gefertigt wurde. Für die Fertigung stand ein Tag Zeit zur Verfügung, nachdem der Plan und das Material verteilt wurde. Anhand dieses Werkstücks wurde entschieden, wer sich für die nächste Stufe qualifiziert."

■ "Herr Gugger, wie viel Zeit investieren Sie neben der Lehre und der Schule, um am Wettbewerb teilzunehmen?"

Dominic Gugger: "Bis zur jetzigen Stufe habe ich noch nicht extrem viel Zeit investiert. Künftig werde ich an mehreren Wochenenden dafür trainieren."

■ "Herr Gugger, haben Sie sich schon einmal überlegt, was passiert, wenn's mit dem Wettbewerb nicht klappt und Sie die nächste Stufe nicht erreichen?"

Dominic Gugger: "Es wäre natürlich schade. Trotz allem darf man nicht zu fest enttäuscht sein, wenn es nicht klappt, zumal man das Erlebte und Gelernte auf den weiteren Weg mitnehmen kann."

■ "Herr Gugger, wie finden Sie es in aller Öffentlichkeit zu schreineren?"

Dominic Gugger: "Es ist etwas speziell und das erste Mal, dass ich das tue. An den Meisterschaften wird das normal sein, womit ich heute eine gute Erfahrung sammeln kann."



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

- "Herr Schlatter, woran arbeiten Sie im Moment?"

Pascal Schlatter: "Ich bearbeite das Holz genau und anhand der von Dominic erklärten Anrisse weiter, damit bis es zum Werkstück "Schreinerknoten" wird."

- "Herr Schlatter, was denken Sie, hat der Schreinerberuf auch später noch eine Zukunft?"

Pascal Schlatter: "Davon gehe ich aus. Tische, Möbel etc. werden immer wieder gebraucht."

- "Herr Schlatter, werden Sie sich nach der Lehre weiterbilden?"

Pascal Schlatter: "Ich beabsichtige mich auch im Bereich Büro weiterzubilden. Mein Ziel ist es, ein eigenes Geschäft zu führen."

- "Herr Schlatter, empfehlen Sie die Teilnahme am Wettbewerb Ihren noch jüngeren Berufskollegen?"

Pascal Schlatter: "Auf jeden Fall, weil es eine sehr gute Übung und eine sehr gute Hauptprobe für spätere Prüfungen ist, und ausserdem macht die Teilnahme Spass."

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) dankt den drei lernenden Jung-Schreibern für ihr Mitmachen an der heutigen Sitzung und wünscht ihnen vor allem viel Erfolg am Wettbewerb und für die berufliche Zukunft.

(Applaus)

Jedes Ratsmitglied habe an seinem Platz je einen von Schreiner-Lernenden gefertigten Holzwürfel vor sich liegen, dessen Seite mit der Augenzahl 5 als Stifthalter diene. Dieses Präsent soll an die heutige Sitzung, an den schönen Beruf des Schreiners, an das Top-Material Holz und sowie an die Top-Arbeit der Lernenden erinnern.

(Applaus)



Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Das Protokoll der Sitzung vom 16. Dezember 2013 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteilt er der Protokollführerin das Wort zum **Appell:**

- **35** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
 - **5** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen betrage 18.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet worden oder vorliegend.

Den neuen Ratsmitgliedern, Herrn Roland Loser (SP) und Herrn Matthias Wüthrich (GL), wünsche er viel Befriedigung beim Politisieren und danke diesen bereits jetzt für ihr Engagement für die Stadt Langenthal. Auch den Mitgliedern des gewählten Stadtratsbüros für das Jahr 2014 danke er bereits jetzt für die Arbeit und wünsche ihnen scharfe Augen beim Erkennen der orangen Stimmkarten.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Infrastrukturanlagen zur Umsetzung der Überbauungsordnung Nr. 33 Migros Wiesenstrasse, Abrechnung Investitionskredite; Nachkredite; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Den drei in der Ausbildung befindlichen Schreiner-Fachleuten danke er für die Vorstellung ihres Metiers und dafür, dem Stadtrat gezeigt zu haben, wie Geschäfte eigentlich vorbereitet werden (hobeln, feilen, schleifen). Das Parlament befasse sich zwar nicht mit Schreinerknoten, habe sich aber gelegentlich mit gordischen Knoten auseinanderzusetzen.

Das vorliegende erste Traktandum des neuen Jahres betreffe nichts, womit nach vorne geschaut werden könne, da es um eine Kreditabrechnung zu einem Investitionskredit gehe, der in den Stadtratssitzungen vom 15. und 29. Mai 2006 beschlossen worden sei. Seit der Beschlussfassung sei einige Zeit vergangen. Mittlerweile seien die Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) in eine eigenständige Körperschaft ausgegliedert worden. Im Zeitpunkt der Beschlussfassung des Investitionskredits seien die IBL aber noch Teil der Verwaltung der Stadt Langenthal gewesen, worin der Grund liege, dass die IBL in die vorliegende Abrechnung miteinbezogen worden sei. Die Beurteilung der Einzelkredite und die Überschreitungen in gewissen IBL-Bereichen seien vom IBL-Verwaltungsrat vorgenommen und beschlossen worden.

Die Bauausführung habe von April 2007 bis Herbst 2008 gedauert. Dass es sich um ein komplexes Geschäft handle, zeige sich daran, dass gemäss dem damaligen Protokoll des Stadtrates kaum ein Wort über die Kreditfassung verloren worden sei, weil sich der Stadtrat vor allem über die Richtigkeit des Standortes an der Wiesenstrasse ausgelassen habe, was damals das grosse Thema gewesen sei.

Im Rahmen des Neubaus seien diverse Infrastrukturleistungen direkt von der Migros abgerechnet worden, was zu Schnittstellen geführt habe. Besonders sei auch der abgeschlossene Infrastrukturvertrag, worin ohne nähere Ausformulierung vereinbart worden sei, dass die Migros Fr. 390'000.00 an die Infrastruktur – insbesondere an den Kreisel – beisteuere, was zu Verunsicherungen geführt habe. Insbesondere in der Geschäftsprüfungskommission sei die Frage gestellt worden, ob es sich damit um einen Brutto- oder Nettokredit handle. Gemäss dem Beschlussfassungsprotokoll habe dazu keine Auseinandersetzung stattgefunden. Im Eintretensvotum habe der damalige Stadtpräsident allerdings ausgeführt (Zitat aus Protokoll vom 15./29. Mai 2006:) *"Der Kredit von Fr. 2'950'000.00, in welchem die Aufwendungen der Migros selbstverständlich nicht enthalten seien, werde zur Erschliessung der Peripherie gebraucht. ..."*. Wenn heute ein solches Projekt angegangen werde, dann könne ein Nettokredit nur gefasst werden, wenn entsprechende Verträge vorliegen, wonach das Geld von Privaten entweder bar auf dem Tisch zu liegen habe oder Zahlungszusicherungen vorhanden sein müssen. Diesen Punkt betreffend, habe im Jahr 2006 keine grosse Auseinandersetzung stattgefunden.

Der in der vorliegenden Bauabrechnung des Stadtbauamtes vom 27. September 2013 (Seite 3) enthaltene Satz: *"... Folgende Bruttokredite von gesamthaft Fr. 2'950'000.00 wurden gesprochen."* sorge deshalb für gewisse Verunsicherung. Da betreffend den Bereich Strassenbau die Fr. 390'000.00 der Migros nicht Bestandteil des beschlossenen Betrages von Fr. 919'000.00 seien, sei es eigentlich ein Nettokredit.

In der Abwicklung und Umsetzung des Projektes sei der Gemeinderat - aber vor allem er selber - von Fragen betroffen gewesen, in wie weit die Zahlung von Fr. 390'000.00 der Migros auch den Innenbereich des Kreisels betreffe. Letztendlich habe sich die Migros auf den Standpunkt gestellt, den mit ihr abgeschlossenen Infrastrukturvertrag mit der Zahlung der Fr. 390'000.00 eingehalten zu haben. Beim Abschluss des Bauprojektes habe eine Auseinandersetzung stattgefunden, da von Seiten der Stadt die Erwartung bestanden habe, dass es sich die Migros aufgrund ihrer kulturellen Haltung selbstverständlich nicht nehmen lasse, bei der Innengestaltung des Kreisels mitzureden und einen Beitrag dazu leisten zu wollen. Dazu sei es aber nicht gekommen, weshalb eine einfache Gestaltungslösung (Fr. 8'000.00) gewählt worden sei.



Der Kreisel befinde sich auf der Schwerverkehrsrouten, wodurch die Gestaltungsmöglichkeiten - aufgrund der verlangten Überstreichbarkeit der Freiräume des Kreisels - sehr einengend seien.

Der Gesamtkredit laute auf Fr. 2'950'000.00, welcher in der Endabrechnung mit Fr. 2'988'121.80 abgerechnet werde, woraus eine Kreditüberschreitung von Fr. 38'121.80 (+ 1,3%) resultiere. Eine Unterscheidung des Kredites, welcher die Stadt noch nach der Ausgliederung der IBL betreffe, zeige eine leichte Überschreitung, weil die Überschreitungen vor allem in den Bereichen Wasser- und Gasversorgung bestehen, die in der heutigen Struktur der IBL von der IBL zu verantworten seien. Die entsprechenden Verwaltungsratsentscheide seien vorliegend.

Im Strassenbau werde eine Kreditüberschreitung von Fr. 33'231.40 ausgewiesen, welche auf Anpassungsarbeiten an Nachbarparzellen (Fällen zwei grösserer Bäume und Ersatzpflanzungen) gründen. Ausserdem sei auch die Gestaltung des Innenkreisels darin enthalten.

Heute gehe es darum, dass der Stadtrat von der Kreditabrechnung Kenntnis nehme und die einzelnen überschrittenen Kredite genehmige. Die Kreditabrechnung sei von der Finanzkommission als auch von der Bau- und Planungskommission für richtig befunden worden. Die Definition von Brutto- und Nettokredit sei nicht 100%-ig konform. Da aber auch die damalige Ausgangslage nicht 100%-ig konform gewesen sei, um die Unterscheidung klar vornehmen zu können, sei der Gemeinderat trotzdem der Auffassung, dass die vorliegende Kreditabrechnung so richtig sei.

GPK-Mitglied, Pascal Dietrich (II): *"Wo gehobelt wird, fallen Späne!"*. Auch bei diesem Geschäft seien ein paar Späne gefallen. Wie vom Stadtpräsidenten erwähnt, habe in der Geschäftsprüfungskommission eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Geschäft stattgefunden, zumal die gefallenen Späne ein gewisses Alter aufweisen und teilweise bereits mit Moos besetzt seien, so dass nicht mehr auf den ersten Blick sichtbar sei, worum es eigentlich gehe.

Die Geschäftsprüfungskommission habe vor allem vier Punkte diskutiert:

- Die Kreditgenehmigung sei im Mai 2006 erfolgt. Die Umsetzungsarbeiten seien im Oktober 2008 abgeschlossen worden. Die Bauabrechnung liege nun im Januar 2014 vor. Den Unterlagen könne entnommen werden, dass die letzte Rechnung am 14. August 2012 eingegangen sei. Obwohl sich in der Aufstellung der einzelnen Rechnungen keine Rechnung mit diesem Datum finden lasse, werde davon ausgegangen, dass es sich um diese Rechnung handelt. Der Grund, weshalb die Abrechnung bis Januar 2014 gedauert habe, sei der, dass sich die Aufschlüsselung des Kredites aus dem Jahre 2006 in Bezug auf die Frage, wie der Kredit überhaupt bewilligt worden sei, schwierig gestaltet habe.
- Die Migros habe offenbar eine Zusicherung erteilt, den Innenbereich des Kreisels zu gestalten, so dass der Stadt dadurch keine Kosten entstehen. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich deshalb gefragt, warum dies nicht so passiert sei und zur Auskunft erhalten, dass tatsächlich nichts Schriftliches existiere und, dass es sich eigentlich nur um eine mündliche Abmachung gehandelt habe, die damals von anderen Vertretern der Stadt getroffen worden sei. Die Migros habe zwar nicht Nichts gemacht, jedoch Vorschläge gebracht, die aber nicht als brauchbar erachtet worden seien.

Dadurch, dass nichts Schriftliches vorliegend gewesen sein, und weil sich die Migros zurückgezogen habe, habe die Stadt die Kosten übernehmen müssen. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich erkundigt, ob das Verhalten der Migros Konsequenzen auf das weitere Verhältnis der Stadt zur Migros nach sich ziehe und erfahren, dass die Zusammenarbeit bis auf diesen Punkt gut funktioniert habe, was keine Konsequenzen zur Folge habe.

- Die Rechtsform der IBL sei im Jahr 2006 anders gewesen als heute. Dementsprechend sei der Kredit damals vom Stadtrat beschlossen worden. Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission sei es deshalb absolut richtig, dass auch die Abrechnung noch vom Stadtrat genehmigt werde, um den Grundsatz kantonaler Vorgaben zu erfüllen, wonach die Abrechnung von dem Organ zu genehmigen sei, welches den Kredit auch gesprochen habe.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Weil der Verwaltungsrat der IBL am 9. Dezember 2010 die Kreditabrechnung aber bereits genehmigt habe, würde aber nichts passieren, auch wenn der Stadtrat das Gefühl hätte, die Abrechnung nicht genehmigen zu wollen. Mit der Abrechnung werde eine Formalität erledigt. Die Gefahr, der Abrechnung aus materieller Sicht nicht zustimmen zu können, bestehe seiner Ansicht nach nicht.

Die Geschäftsprüfungskommission habe es als etwas störend empfunden, dass für die Kostenüberschreitungen im IBL-Bereich keine Begründungen vorliegen. Die Antwort auf die entsprechende Frage habe gelautet, dass die entsprechenden Begründungen dem Verwaltungsrat der IBL geliefert worden seien, der sich damit beschäftigt habe.

- Laut der Bauabrechnung habe es sich um einen Bruttokredit gehandelt. Bei näherer Betrachtung der einzelnen, abgerechneten Positionen (namentlich im Strassenbau), sei aber klar ersichtlich, dass es eben kein Bruttokredit sondern ein Nettokredit gewesen sei, indem die Fr. 390'000.00 der Migros nicht im Kredit enthalten gewesen seien. Aus heutiger Sicht sei die Kreditgenehmigung im Jahr 2006 nicht zu 100%-ig korrekt gelaufen. Sieben oder acht Jahre später lasse sich daran aber nicht mehr rütteln, weshalb es kaum etwas bringe, darüber noch viele Worte zu verlieren. Wahrscheinlich hätte im Jahr 2006 nicht so vorgegangen werden dürfen, obschon es sich dabei natürlich um eine theoretische Überlegung handle, da die Migros bestimmt nicht zahlungsunfähig werde. Die Geschäftsprüfungskommission sei aber schon der Meinung, dass die strengen Regeln grundsätzlich und im Sinne des Grundsatzes: *"Erwarte das Unterwartete!"* zu befolgen seien, weil eben immer etwas passieren könne. Es habe beispielsweise schweizerische Bankinstitute gegeben, die im Jahr 2006 bei niemanden das Gefühl erweckt haben, Probleme mit der Zahlungsfähigkeit zu erhalten, was dann aber plötzlich anders gewesen sei. Am nicht korrekten Vorgehen im Jahr 2006 lasse sich aber nichts mehr ändern und führe - aufgrund des falschen Wortes - zu einem Schönheitsfehler in der Bauabrechnung.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle fest, dass Späne gefallen seien, was aber nicht heisse, dass dem Geschäft aufgrund dieser Späne eine Ecke fehle. Unter dem Strich betrachtet, sei die Angelegenheit nicht so gravierend, weshalb die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat die Genehmigung der Abrechnung trotz der vorangegangenen Bemerkungen empfehle.

SP/GL-Fraktion, Samuel Köhli (SP): Die SP/GL-Fraktion nehme die Kostenüberschreitungen für die Infrastrukturanlagen der Überbauungsordnung Nr. 33 zur Kenntnis. Im Verhältnis zu den Gesamtbaukosten seien die Überschreitungen klein, respektive kaum vorhanden. Bei der Realisation der Überbauungsordnung Nr. 33 sei auf die Gestaltung des Strassenraums weitgehend verzichtet worden. Es handle sich um eine normale graue Strasse, bei deren Gestaltung - seiner Ansicht nach - sicher mehr möglich gewesen wäre.

Erfreut könne dem Baubericht entnommen werden, dass die Arbeiten zügig vorangekommen seien und dass die Strasse nur einmal - und nicht wie die Bahnhofstrasse zwei oder dreimal - habe abgesperrt werden müssen. Die SP/GL-Fraktion stelle auch fest, dass die Instandhaltung von Strassen, Plätzen und Werkleitungen die Finanzen der Stadt sehr stark strapazieren. Bedenklich sei, dass solche Instandhaltungen mit einem Selbstfinanzierungsgrad von momentan weniger als 0 durch den Abbau von Eigenkapital realisiert werden müssen.

Die SP/GL-Fraktion stimme den nötigen Nachtragskrediten zu.

EVP/glp-Fraktion, Ruth Trachsel (EVP): Die Kreditabrechnung zeige sich als ein komplexes Werk, dessen Erstellung auch entsprechend lange gedauert habe. Das Ergebnis der Überschreitung von Fr. 38'000.00 sei bei einem Gesamtkredit von fast Fr. 3,0 Mio. erfreulich. Die EVP/glp-Fraktion stimme der Kreditabrechnung und den Nachkrediten einstimmig zu.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der Abrechnung über den vom Stadtrat bewilligten Investitionskredit von Fr. 919'000.00 für den Strassenbau, Konto Nr. 320.501.36, abschliessend mit einem in Rechnung gestellten Betrag von Fr. 952'231.40 und somit einer Kreditüberschreitung von Fr. 33'231.40, wird Kenntnis genommen.**
- 2. Der notwendige Nachkredit im Betrag von Fr. 33'231.40 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 320.501.36, bewilligt.**
- 3. Von der Abrechnung über den vom Stadtrat bewilligten Investitionskredit von Fr. 513'000.00 für die Wasserversorgung inkl. Tiefbau, IBL-Konto Nr. 83.501.85, abschliessend mit einem effektiv in Rechnung gestellten Betrag von Fr. 571'797.20 und somit mit einer Kreditüberschreitung von Fr. 58'797.20, wird Kenntnis genommen.**
- 4. Der notwendige Nachkredit im Betrage von Fr. 58'797.20 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, IBL-Konto Nr. 83.501.85, bewilligt.**
- 5. Von der Abrechnung über den vom Stadtrat bewilligten Investitionskredit von Fr. 284'000.00 für die Gasversorgung inkl. Tiefbau, IBL-Konto Nr. 82.501.85, abschliessend mit einem effektiv in Rechnung gestellten Betrag von Fr. 318'790.75 und somit mit einer Kreditüberschreitung von Fr. 34'790.75 wird Kenntnis genommen.**
- 6. Der notwendige Nachkredit im Betrage von Fr. 34'790.75 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, IBL-Konto Nr. 82.501.85, bewilligt.**
- 7. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal (erheblich erklärt am 18. Juni 2012; Wiedererwägungsbeschluss vom 18. März 2013); **Beschluss**

■ **Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung von Schulsozialarbeit** (erheblich erklärt am 18. März 2013); **Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) verweist auf die Darstellung der komplexen Behandlungsabläufe des Geschäfts.

7. Mai 2012

Motion SP, EVP, GL und glp betreffend Einführung von Schulsozialarbeit

Auf den Wiedererwägungsbeschluss vom 18. März 2013 sei am 15. April 2013 eine Beschwerde eingereicht worden. Der Regierungsstatthalter habe die Beschwerde am 12. September 2013 abgewiesen.

18. Juni 2012

erheblich erklärt

15. August 2012

Gemeinderat erteilt dem ABiKuS den Auftrag zur Erarbeitung einer Umsetzungsvorlage

Heute stehe erneut die Beschlussfassung über die Erheblich- oder Nichterheblicherklärung der überparteilichen Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal auf der Traktandenliste.

4. Februar 2013

Motion FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion betreffend Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit

18. März 2013

erheblich erklärt

Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2012

18. März 2013

Wiedererwägung beschlossen

Stadtratspräsident Thomas Rufener (SVP): Schon dass er als Berichterstatter des Gemeinderates zum Geschäft aufgeführt sei, zeige, dass sich der Gemeinderat mit dem Geschäft materiell nicht mehr auseinandergesetzt habe.

20. Januar 2014

Motion SP, EVP, GL und glp betreffend Einführung von Schulsozialarbeit

Der Gemeinderat habe am 27. März 2013 in der Folge des Entscheides des Stadtrates vom 18. März 2013 - mit welchem die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung von Schulsozialarbeit erheblich erklärt

erheblich erklärt

nicht erheblich erklärt

G:\Sekretariat\Stadtrat\Stadtrat2013\Motionen Schulsozialarbeit_Behandlung_Stand_2014.docx

worden sei und mit welchem auch die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 beschlossen worden sei – entschieden, die Erarbeitung einer dem ABiKuS in Auftrag gegebenen Umsetzungsvorlage zu sistieren.

Weil sich der Gemeinderat mit der Vorlage materiell nicht mehr auseinandergesetzt habe, bleibe auch der Antrag auf Nichterheblicherklärung des Gemeinderates vom 23. Mai 2012 bestehen, den er seinerzeit zur Beschlussfassung der überparteilichen Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal gefasst habe. Der Gemeinderat halte an der Nichterheblicherklärung für den heute zu treffenden Entscheid fest.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Nebst der Entscheidung zur Erheblich- oder Nichterheblicherklärung der überparteilichen Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal gehe es heute in einem zweiten Schritt um die Abschreibung der Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung von Schulsozialarbeit (erheblich erklärt am 18. März 2013).

GPK-Präsident, Bernhard Marti (SP): Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Geschichte des vorliegenden Geschäfts auseinandergesetzt. Mit Entscheid vom 12. September 2013 habe der Regierungsrat die am 15. April 2013 eingereichte Beschwerde gegen die am 18. März 2013 vom Stadtrat gefassten Beschlüsse betreffend die Schulsozialarbeit, abgelehnt.

Vorliegend werde die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung von Schulsozialarbeit (erheblich erklärt am 18. März 2013) zur Umsetzung gebracht. Der Stadtrat stimme heute auch über die Frage der Erheblichkeitserklärung zur überparteilichen Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal ab.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle fest, dass alle relevanten Bestimmungen eingehalten worden seien und bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Im Bewusstsein, dass das heute zur Schulsozialarbeit Gesagte eher für das Protokoll oder zumindest für die Psychohygiene der Motionäre sei, finde er das Thema Schulsozialarbeit eine weitere Diskussion und parlamentarische Debatte wert.

Er bedaure, dass die Meinungen zu diesem Thema wirklich scharf entlang der politischen Blöcke gezogen werden, weil man so dem Thema Schulsozialarbeit nicht gerecht werde und weil es dabei eigentlich um kein klassisches Rechts- oder Linksthema gehe.

Anhand zwei Äusserungen von bürgerlichen Politikern zur Schulsozialarbeit gewähre er einen kleinen Erfahrungseinblick in den Grossen Rat (Zitate aus dem Tagblatt des Grossen Rats):

- Erich Feller, ehemaliger Gemeindepräsident von Münsingen und BDP-Grossrat: *"Die Schulsozialarbeit ermöglicht einzelnen Schülern oder ganzen Gruppen, Eltern oder Lehrpersonen, ihre Probleme frühzeitig mit einer Fachperson zu besprechen. Die Gemeinden, welche die Schulsozialarbeit kennen, äussern sich durchwegs positiv und haben Erfolg damit."*
- Ueli Studer, neuer Gemeindepräsident von Köniz und SVP-Grossrat: *"Schulsozialarbeit leistet bei sozialen Problemen wirkungsvolle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler und die Eltern, entschärft Krisen und verhindert teure vormundschaftliche Folgemassnahmen."*

Diese beiden Politiker dürfen wohl mit gutem Gewissen nicht als Linke oder als Sozialpolitiker bezeichnet werden. Es wäre demnach durchaus auch möglich gewesen, dass der bürgerlicher Gemeinderat mit einer bürgerlichen Gemeinderätin für Bildung, anders hätte entscheiden können, was aber leider nicht passiert sei. Er finde es kurzsichtig und dem wichtigen Thema Schulsozialarbeit nicht angemessen, dass seit Beginn der Diskussionen, die Schulsozialarbeit nur ideologisch betrachtet und entlang der politischen Blöcke diskutiert worden sei. Dieses starre Blockdenken entspreche auch kaum der Meinung der eigenen Wählerschaft. Vor ein paar Tagen sei er auf dem Nachhauseweg einem ehemaligen bürgerlichen Stadtrat begegnet, der über die so klare Haltung der bürgerlichen Stadträte gegen die Schulsozialarbeit den Kopf schüttle. Diese Person habe eben auch eine andere Erfahrung gemacht und vertrete dadurch eine andere Meinung. Leider haben die Einpeitscher der Bürgerlichen ganze Arbeit geleistet und alle ihre Kollegen auf eine Linie gebracht, was voll bedauerlich sei.

Die Motionäre seien immer noch der Meinung, dass die Schulsozialarbeit kein Links-Rechts-Thema sei, sondern eine sinnvolle Antwort auf gesellschaftliche und schulische Herausforderungen darstelle. Irritierend sei auch, dass dem gleichen Stadtrat, der Fr. 4,2 Mio. für die neue ictT-Infrastruktur - die nach fünf Jahren abgeschlossen werde - ausbebe, Fr. 200'000.00 jährlich für eine sinnvolle, zukunftsorientierte Präventionsmassnahme offenbar zu teuer sei und, dass dieser es vorziehe, dass hohe Folgekosten anfallen.



In vielen anderen Gemeinden und Regionen im Kanton Bern sei die Schulsozialarbeit von bürgerlichen Politikern eingeführt und vorangetrieben worden. In Langenthal werde die schulische Weiterentwicklung, die in vielen Gebieten des Kantons Bern bereits selbstverständlich sei, aber gerade von den bürgerlichen Parteien verhindert. Dass sich Langenthal in diesem Thema als Sonderfall zeichne, sei ihm unverständlich.

Aus Sicht der Motionäre aber auch der EVP/glp-Fraktion gehöre die Schulsozialarbeit im Kanton zu einem Grundpfeiler einer starken Volksschule. In vielen Gemeinden oder in den regional organisierten Regionen sei Schulsozialarbeit zu einer unverzichtbaren Institution geworden. Nicht nur, aber auch dank der Einführung von Schulsozialarbeit können Kinder und Jugendliche lernen, die Schwierigkeiten, die sie zuhause, in der Schule, oder im Leben haben, anzupacken. Aber auch die Lehrkräfte erhalten dadurch Ansprechpersonen, wenn sie mit Schülern oder einer ganzen Klasse nicht weiterkommen. Nicht vergessen werden dürfen, dass sich auch die Eltern in die Schulsozialarbeit einbringen können, oder dass sie bei der Lösung von Problemen konkret und verbindlich einbezogen werden. Schulsozialarbeit sei eine Präventionsmassnahme. Es liege in der Signatur der Sache, dass sich die Kosten dafür nicht einfach in cash berechnen lassen. Zu denken geben müsse, dass mit ein bis zwei Fremdplatzierungen pro Jahr, die in Langenthal durch die Schulsozialarbeit verhindert werden könnten, die Kosten von rund Fr. 200'000.00 kompensiert wären.

Von einer Mehrheit der Lehrpersonen und anderer Fachkreise werde die Einführung der Schulsozialarbeit befürwortet und als notwendig erachtet. Auch die Kinder von heute im Saal Anwesenden könnten davon profitieren, wenn in betroffenen Klassen schwierige Situationen und Krisen entschärft werden könnten. Es gehe damit auch nicht nur um Kinder mit schwierigem Hintergrund (Migrationshintergrund, sprachliche Schwächen etc.), sondern ganz allgemein um die Sicherstellung der Qualität der Volksschule. Schulsozialarbeit stelle auch keine Machtbeschneidung der Schulleitenden oder der Lehrkräfte dar, sondern ein Unterstützungsangebot. Die Resultate aus der unveröffentlichten Umfrage, die unter den Schulleitungen und den Klassenlehrern durchgeführt worden sei, wären in diesem Zusammenhang interessant.

Ihm liege ein Dokument der Berner Fachhochschule für soziale Arbeit vor, das in den Unterlagen nicht vorhanden sei. Bei entsprechendem Interesse gewähre er gerne Einblick in das Dokument. Ob er das Dokument überhaupt haben dürfe, wisse er nicht, aber er verfüge nun einmal darüber. Darin seien folgende Resultate aufgeführt:

- Von den Lehrkräften und den Schulleitenden der Stadt Langenthal seien 91 Gruppen- oder Klassensituationen angegeben worden, für die eine zusätzliche Beratung und Unterstützung beansprucht würde.
- Von den betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen seien mehr als 200 Schülerinnen und Schüler (rund 13%) und somit jeder 7. Schüler angegeben worden, für die sie gerne mehr Unterstützung und Beratung hätten.

Aufgrund dieser Zahlen lasse sich doch nicht behaupten, dass unter den Lehrpersonen kein Bedürfnis nach Schulsozialarbeit bestehe. Diese Argumentation sei seiner Ansicht nach mehr als fadenscheinig.

Am heutigen Abend bestehe immer noch die Möglichkeit Ja zur Einführung von Schulsozialarbeit zu sagen. Ein Ja zur Schulsozialarbeit sei ein Bekenntnis zu einem attraktiven und modernen Schulstandort Langenthal. Schulsozialarbeit unterstütze heute Schüler, Eltern und Lehrpersonen in schwierigen Situationen, damit morgen Sozialhilfefolgekosten gespart werden können. Er bitte die Mitglieder des Rates, sich die Haltung zur Schulsozialarbeit nochmals zu überlegen und das Blockdenken zu überwinden, da es sich um kein Links-Rechts-Thema handle. Heute bestehe die Möglichkeit, die Langenthaler Schulen sinnvoll weiterzuentwickeln. Was sich in vielen anderen bürgerlich geführten Gemeinden im Kanton Bern bereits bestens bewähre, würde sich auch in Langenthal bewähren und lasse sich mittelfristig betrachtet auch in Langenthal nieder.

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Die ganze Geschichte um die Schulsozialarbeit sei eine leidige Angelegenheit. Etliche Lehrpersonen in Langenthal wünschten sich, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, anstatt am heutigen Abend mit dem politischen Geplänkel weiterzufahren.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Die SP/GL-Fraktion wolle, dass die Schulsozialarbeit in Langenthal eingeführt werde. Dass das Projekt sistiert worden sei, sei schade. Schade sei auch, dass - wie von ihrem Vorredner erwähnt - nur ein paar wenige Daten vorliegen. Die Umfrage habe nämlich gezeigt, dass ein Teil der Institutionen sehr wohl um die Unterstützung froh wäre. Die Belastung in der Schullandschaft nehme zu und der Druck nach Klassenschliessungen mit der Folge von grösseren Klassen steige, was nicht ohne Folgen bleibe.

Sie habe sich interessiert, was die Parteien zum Thema Bildung auf ihren Homepages aussagen, die gegen Schulsozialarbeit seien und habe dabei Folgendes gefunden:

- *"Die Aufgabe der Lehrerschaft ist in erster Linie die Vermittlung von Wissen und die Förderung der Schüler. Von den Schülern ist vermehrt Disziplin zu fordern und durchzusetzen. Die Lehrbeauftragten sind bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen."* Diese Aussage führe zur Frage, womit denn?
- *"Vielfältige und bedürfnisorientierte Aus- und Weiterbildung."* Auch diese Aussage töne gut, werfe aber die Frage auf, wie viel das kosten dürfe?
- *"Der Staat sorgt für ein überdurchschnittlich gutes Bildungssystem, welches Chancengleichheit für alle gewährt."*

Wegen des politischen Machtverhältnisses werde die Umsetzung dieser tollen Aussagen vermutlich nicht möglich sein.

Sie bitte, wenigstens den Lehrpersonen, die an der Befragung der Bedürfnisanalyse mitgemacht haben, endlich die Ergebnisse bekannt zu geben, da sich diese immerhin einen Nachmittag lang zu diesem Thema haben informieren lassen, um sich im Anschluss daran Zeit zu nehmen, den Fragebogen auszufüllen.

Die SP/GL-Fraktion sei nach wie vor überzeugt, dass Langenthal eine Schulsozialarbeit brauche und würde sich über eine bürgerliche Unterstützung der Vorlage freuen.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch könne er vorweg dahingehend beruhigen, dass die FDP/jll/BDP-Fraktion Ja sagen werde, aber zum vorliegenden Beschlussesentwurf. Damit werde die überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp einerseits nicht erheblich erklärt, aber die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion könne andererseits erledigt abgeschlossen werden. In diesem Sinne sichere er auch Stadträtin Nathalie Scheibli zu, mit diesem Vorgehen Nägel mit Köpfen zu machen, um das Thema nun tatsächlich zu beenden.

Wie Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch sei auch er der Meinung, dass zum Thema Schulsozialarbeit heute keine neuen Informationen mehr vorgebracht werden, die nicht schon geäussert worden seien. Der Rat habe bereits an der Sitzung im Mai 2012 über ein Postulat zu diesem Thema gesprochen, wozu die FDP/jll/BDP-Fraktion eine relativ ausführliche Stellungnahme abgegeben habe. Am 18. Juni 2012 sei wieder über das Thema diskutiert worden, als die überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp beraten worden sei. Trotzdem habe sich die FDP/jll/BDP-Fraktion anlässlich der letzten Fraktionssitzung dem Thema wieder angenommen, nachdem eine Auseinandersetzung des Themas natürlich auch im Vorfeld der Einreichung der Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion stattgefunden habe. Die Einreichung der Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion sei relativ schnell erfolgt, um mit einem raschen Eingreifen zu verhindern, dass Leute der Verwaltung für etwas arbeiten, was schlussendlich nicht gewollt werde. Dass das Vorgehen in formeller Hinsicht Unsicherheiten ausgelöst habe, sei bedauerlich. Andererseits liegen nun aber hilfreiche Informationen darüber vor, wie das Vorgehen von einer oberen Behörde gewürdigt werde, was vielleicht ein anderes Mal dienlich sein könne.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion erachte die Haltung des Gemeinderats geschlossen als richtig und wolle sich nicht auf andere Wege begeben.

Es gebe bereits Angebote im sozialen Bereich in der Stadt Langenthal (Erziehungsberatung, Suchberatung, Jugend- und Bildungsbeauftragte, integrationsfördernde Massnahmen mit Interunido und ToKJO, Schulen haben Zugang zu Heilpädagogen, Unterstützung der Klassenlehrer durch die sozialen Dienste).



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Selbstverständlich schaffe ein zusätzliches Angebot neue Bedürfnisse, wie dies in fast allen Gebieten der Fall sei. Wenn ein Angebot vorliege, dann werde es immer Leute geben, die es nutzen wollen. Fraglich sei nur, ob dies sinnvoll und gewollt sei.

Dass es sich um eine präventive Aufgabe handle, die nicht messbar sei, gehe er mit Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch einig. Auch der Meinung, dass die Aufgabe nicht einfacher werde, stimme er zu. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei aber trotzdem ganz klar der Auffassung, dass nicht jede Aufgabe zusätzlich der Gesellschaft aufgebürdet werden müsse, sondern, dass in der kleinsten Zelle der Gesellschaft (in der Familie) ein Lösungsansatz dafür gefunden werden müsse. Es könne auch nicht sein, dass jegliche Schüler kurz nach der Einschulung dauernd mit Sozialstellen konfrontiert werden. Oftmals könne es nicht schaden, dass diese gewisse Sachen auch selber ausleben können. Er sei überzeugt, dass er hin und wieder auch in einer solchen Therapie gelandet wäre, wenn es während seiner Schulzeit schon so viele Angebote gegeben hätte.

Für die FDP/jll/BDP-Fraktion stelle die Schulsozialarbeit keine finanzpolitische Frage dar, obwohl dieses Thema sicher nicht zu vernachlässigen sei. Vielmehr sei es eine Frage des bestehenden Angebots an sozialer Unterstützung einerseits und eine ideelle Frage andererseits, womit es sich halt eben doch um ein Blockthema handle. Die FDP/jll/BDP-Fraktion gehe aus ideeller Überzeugung davon aus, dass die Eigenverantwortung zu fördern sei und, dass die Aufgaben des Staates nicht immer vermehrt werden müssen.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussesentwurf geschlossen zustimmen.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger: Wie Stadtrat Markus Gfeller bereits gesagt habe, könne auch er der Beschwerde, die im Frühling 2013 gegen die Beschlüsse des Stadtrates erhoben worden sei, etwas Positives abgewinnen, da der Statthalter dadurch geklärt habe, dass eine Wiedererwägung eines Beschlusses grundsätzlich zulässig sei. Er hoffe, dass sich alle die Mühe gemacht haben, den Statthalterentscheid zu lesen, zumal damit doch zu Tage komme, dass ein überaus hochkorrektes Vorgehen an den Tag gelegt worden sei. Gemäss der Grafik der Behandlungsabläufe sei in drei Schritten entschieden worden:

1. Erheblicherklärung der Motion der bürgerlichen Parteien
2. Wiedererwägung
3. heutige Abstimmung

Aus dem Statthalterentscheid gehe doch relativ deutlich hervor, dass die Erheblicherklärung als auch die Wiedererwägung eigentlich in einem Schritt hätten vorgenommen werden können. Die Bürgerlichen seien aber sehr vorsichtig gewesen und hätten den demokratischen Prozess sehr ernst genommen und zwei Schritte dazu unternommen. Damit sollte sich auch die links-grüne, zumindest nominelle Minderheit im Rat, nicht über eine schlechte Behandlung beklagen.

Den Bürgerlichen gehe es mit ihrer Motion nicht einfach darum, sich nach den Gesamterneuerungswahlen mit veränderten Rahmenbedingungen mit dem Mehrheitsverhältnis aufzuspielen. Wer Zeitung lese, wisse, dass der Kanton sparen müsse, aber bei der Anschubfinanzierung für die Schulsozialarbeit nicht gespart habe. Da der Kanton mit den Kosten aber nun herunterfahre, werden Gemeinden - die die Schulsozialarbeit einführen wollen - damit rechnen müssen, künftig mehr zu zahlen, weil der Kanton nicht wie ursprünglich geplant bis zu 30% mitfinanziere. Die Mitfinanzierung des Kantons werde entsprechend den Kosten der Gemeinden abnehmen.

Der Bedarf von Schulsozialarbeit sei nach Ansicht der Befürworter vollkommen ausgewiesen. An dieser Stelle rufe er in Erinnerung, dass das Projekt zumindest unter den Schulleitern hochgradig umstritten sei. Zu behaupten, dass der Bedarf vollkommen ausgewiesen sei, sei somit eine Fehlbehauptung. Natürlich lasse sich die Facette einblenden, dass es ein paar Lehrpersonen gebe, die die Schulsozialarbeit gut finden. Eine Angebotserweiterung werde natürlich noch schnell einmal als eine gute Sache befunden, ohne zu bedenken, dass für die Kostenseite mehr bezahlt werden müsse.



Bei einer fairen Analyse des Bedarfs müsse jedoch festgestellt werden, dass immerhin die Schulleiter zu recht sehr kritisch eingestellt seien, da ein soziales Angebot (Sozialamt, Erziehungsberatung, familienergänzende Kinderbetreuung) bereits bestehe. Der Bedarf an einem weiteren Angebot führe ausserdem zur Frage, ob denn die bereits bestehenden Institutionen ihre Arbeit nicht richtig machen?

Es sei noch nicht so lange her, dass der Stadtrat die Finanzierung von interunido aufgestockt habe. Damals sei argumentiert worden, präventiv tätig sein zu müssen und früh mit der Förderung beginnen zu müssen. Damit stelle sich doch die Frage, wann denn irgendwann einmal genug früh gefördert worden ist, oder ob es mehr Betreuer als Kinder brauche, bevor mit der Schaffung neuer Stellen aufgehört werde?

Aufgrund der Studien, die es zuhauf über die Schulsozialarbeit geben soll, weise er darauf hin, dass nicht alle Studien mit Feuer und Flamme für die Schulsozialarbeit ausfallen. Er habe sich die Mühe gemacht und den Evaluationsbericht der Stadt Burgdorf aus dem Internet ausgedruckt. Nebst den politisch korrekten Alibiaussagen, die gewissen Leuten etwas helfen, enthalte der Bericht aber durchaus auch sehr kritische Bemerkungen:

- Aufgabenportfolio der Schulsozialarbeitenden: Administration 20%; Konzeptarbeit, Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit 12%; Sitzungen mit Projektverantwortlichen 3,5%; Teamsitzungen 5% des Zeitbedarfs.

Damit ergebe sich ein administrativer Zeitbedarf für die Schulsozialarbeit von nahezu 50% ohne mit Kindern zu arbeiten. Ausser die öffentliche Verwaltung, die bereits genügend aufdotiert sei, habe von der Aufblähung des administrativen Zeitbedarfs am Schluss niemand etwas.

- Aufgaben der Schulsozialarbeitenden (Zitat): *"Weiter haben die beiden Schulsozialarbeitenden zwischen dem 1. Februar 2007 und dem 31. August 2008 an 133 Sitzungen teilgenommen, wobei es sich primär um Koordinationssitzungen mit den Schulleitungen (51 Sitzungen), um Sitzungen bzw. Austauschgespräche mit Fachstellen und schulnahen Diensten in Burgdorf (29 Sitzungen) sowie um Sitzungen im Rahmen von schulischen und ausserschulischen Projekten (21 Sitzungen) handelte. An weiteren 18 Sitzungen haben die beiden Schulsozialarbeitenden sowie die operative Leitung der Schulsozialarbeit teilgenommen. Weiter haben 6 Sitzungen mit dem Projektteam und 4r Sitzungen mit der Projektbegleitgruppe stattgefunden. Zudem haben sich die Schulsozialarbeitenden viermal für den Fachaustausch mit Schulsozialarbeitenden aus der Region getroffen."*

Etwas weiter hinten im Bericht sei auch zu lesen, dass die Kompetenzordnung niemandem ganz klar sei, da niemand ganz genau wisse, wer wo zuständig sei – namentlich auch bei Gefährdungsmeldungen. (Zitat): *"Im Schulsozialarbeitskonzept (S. 5) wird festgehalten, dass zwischen den Schulen und den Sozialen Diensten keine institutionalisierte Zusammenarbeit stattfindet, weder auf Behörden- noch auf der operativen Ebene. Obschon ein Leitfaden für das Vorgehen bei Gefährdungsmeldungen existiere, werde dieser kaum umgesetzt. ..."*

In Zürich gebe es ähnliche Studien. Auch dort sei nicht alles rosarot dargestellt. An prominenter Stelle der häufigsten genannten Problembereiche, mit denen sich die Schulsozialarbeit beschäftige stehe: *"Probleme im Zusammenhang mit Eltern, die das Gespräch verweigern oder keine Bereitschaft zur Kooperation zeigen."* Diese Aussage lasse den Schluss zu, dass ein Angebot für Personen geschaffen werde, für die es sowieso nicht nötig sei. Demgegenüber komme die Schulsozialarbeit an Personen, die sich der Schulsozialarbeit aus welchen Gründen auch immer verweigern, ohnehin nicht heran.

Herr Daniel Iseli, der die Schulsozialarbeit in vielen Gemeinden promote und dem Projekt positiv gegenüberstehe, habe der Berner Zeitung gegenüber zugegeben (Zitat): *"Ob die Schulsozialarbeit die erwarteten Resultate zeigt, kann längerfristig noch nicht belegt werden."* Eine gesicherte Erkenntnis, dass Schulsozialarbeit effektiv etwas nütze, gebe es somit nicht. Auch eine Erkenntnis, ob es sich lohne - nicht nur in finanzieller Hinsicht - oder ob es sich nur um ein gesellschaftspolitisches Abenteuer handle, gebe es nicht.

Auch die SVP-Fraktion sei einstimmig für den vorliegenden Beschlussesentwurf.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Beatrice Lüthi (FDP): Der Stadtratspräsident habe heute über die Streit- und Gesprächskultur gesprochen. Zu einer guten Streit- und Gesprächskultur gehöre es sich ihrer Ansicht nach auch, nicht persönlich zu werden oder nicht besserwisserisch zu sein.

Wenn sie nun persönlich werden möchte und besserwisserisch wäre, dann könnte sie sagen, in einem Haushalt mit zwei Pädagogen aufgewachsen zu sein, wodurch sie manchmal den Eindruck habe, dass Pädagogen etwas Mühe bekunden, mit anderen Leuten auf gleicher Höhe zu diskutieren und diese als echte Sparringpartner anzunehmen - was sie vielleicht veranlasst habe, Juristin zu werden. Da sie aber weder persönlich werden möchte, noch besserwisserisch sei, werde sie genau *das* eben nicht sagen.

Was die Bemerkung zu "bürgerlichen Einpeitschern" betreffe, so halte sie fest, in der FDP/jll/BDP-Fraktion in der Tat unter den nicht gewaltfreien Diskussionen und unter der Androhung von Prügelstrafen zu leiden. Speziell die liberaleren Fraktionsmitglieder seien meistens gehalten - ob gern oder ungern, ob freiwillig oder gezwungenermassen - sich den Einpeitschern anzuschliessen. (*Spass!*).

Was die bürgerlichen Positionen in anderen Gemeinden sowie deren Haltung und Erfahrungen betreffen, so mögen diese für die FDP/jll/BDP-Fraktion der Stadt Langenthal vielleicht interessant, aber nicht bindend sein, da die Probleme anderer Gemeinden und deren getroffene Lösungen nicht 1:1 übernommen werden können.

Wenn die FDP/jll/BDP-Fraktion die Mittel, die Kräfte und die Angebote priorisieren und bündeln wolle, dann soll ihr das erlaubt sein. Sie denke, dass im Stadtrat unaufgeregt eine andere Meinung vertreten werden dürfe.

Pascal Dietrich (jll): Um die Schulsozialarbeit sei ein Grabenkrieg entstanden, was er persönlich als sehr schade empfinde, weil es beiden Seiten hoffentlich um das Selbe gehen sollte. Namentlich darum, die Schule und damit die Bildung stärken zu wollen. Persönlich sei er davon überzeugt, dass eine Stärkung mit Schulsozialarbeit nicht - oder jedenfalls nicht unbedingt - passiere.

Bei der Schulsozialarbeit gehe es primär um ein Sozialprojekt und nicht um Bildung. Für das Soziale sei einerseits das Sozialamt zuständig, welches auch gute Arbeit leiste und andererseits gebe es bereits X Institutionen, die sich um Probleme in diesem Sektor kümmern. Dass dem so sei, zeige sich auch an den Reaktionen von Direktbetroffenen, was seiner Meinung nach sehr wichtig sei. Mehrere Schulleiter würden sich ganz klar und aus der Praxis begründet gegen die Einführung der Schulsozialarbeit aussprechen. Allein diese Information sollte der Befürworter-Seite zu denken geben.

Er wisse nicht woher Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch wisse, dass eine Mehrheit der Lehrpersonen für die Einführung der Schulsozialarbeit sei. Er staune über die aus dem Hut gezauberten Ergebnisse und finde es interessant, als Stadratsmitglied nicht auch über solche Unterlagen zu verfügen. Da er über diese Unterlagen eben nicht verfüge, sehe er sich veranlasst, die Informationen als unbewiesene Behauptung zurückzuweisen.

Seiner Ansicht wäre es besser, bei der Bildung nicht zu sehr zu sparen, als jetzt neues Geld für die Schulsozialarbeit auszugeben. Im Übrigen habe Stadtrat Patrick Freudiger angetönt, dass der Kanton bereits zu dieser Einsicht gelangt sei.

Von der Stadt Burgdorf habe er erfahren, dass der Kanton bis jetzt einen Beitrag von 30% geleistet habe. Auf das Schuljahr 2013/2014 werde der Beitrag nun aber auf 10% hinabgeschraubt, womit es sich beinahe um einen vernachlässigbaren Betrag handle. Gemäss der Information aus Burgdorf koste die Schulsozialarbeit nicht Fr. 200'000.00 sondern Fr. 270'000.00. Auch Burgdorf werde wahrscheinlich im Rahmen von Sparmassnahmen gezwungen sein, wieder über die Schulsozialarbeit zu diskutieren.

Stadträtin Beatrice Lüthi habe auf die Bemerkung betreffend "bürgerliche Einpeitscher" bereits entsprechend reagiert, wofür er ihr danke. Auch er weise diese Bemerkung zurück, da er sicher der Letzte sei, der von einem "Einpeitscher" zu etwas gezwungen werden könnte.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

An Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch gerichtet, stelle er fest, bei solchen Themen immer wieder darauf zurückzukommen, dass dieser dem ict4kids-Projekt zuletzt auch zugestimmt habe und, dass die Jungliberalen die einzigen gewesen seien, die den überdimensionierten Kredit ablehnten.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Darum bemüht für Stadträtin Beatrice Lüthi nicht zu pädagogisch zu wirken, werde er ganz normal - als einer in einem ganz normalen, mittelständischen Haushalt (Pöstelerhaushalt) Aufgewachsener - sprechen.

Die Aussage von Stadtrat Markus Gfeller, dass die Familie der Kern der Gesellschaft sei, werde von ihm natürlich unterstützt. Die EVP setze sich immer wieder für diesen Kern ein, ohne sich dabei aber vor der Realität zu verschliessen. Es gebe schwierige Situationen in der Schule sowie schwierige Schüler. Diese Problematik müsse zwangsläufig angegangen werden. In welcher Form dies geschehen soll, sei nicht einfach zu entscheiden.

Wie Stadtrat Patrick Freudiger sei natürlich auch er froh darüber, wie der Statthalterentscheid ausgefallen sei. Als Stadtratspräsident des Jahres 2013 habe er die Verantwortung für den formellen Ablauf getragen, wogegen er inhaltlich aber anderer Meinung sei.

Dass die Schulleitungen nicht einstimmig für oder gegen die Einführung von Schulsozialarbeit seien, sei ein offenes Geheimnis. Falls er diesen Eindruck mit seiner Aussage erweckt haben sollte, hätte er sich falsch ausgedrückt. Zumindest gebe es eine grosse Anzahl Lehrpersonen, die sich in dieser Bedarfsanalyse positiv geäussert haben. Die ihm vorliegende Bedarfsanalyse gebe er gerne an Stadtrat Pascal Dietrich weiter.

Stadtrat Patrick Freudiger habe aus dem Evaluationsbericht der Stadt Burgdorf einzelne Punkte herausgepickt. Auch er könnte daraus einzelne positive Punkte herauspicken. Was den Verwaltungs- und Administrationsaufwand betreffe, so gelte es irgend eine Lehrperson zu fragen, wie viel Administrations- und Organisationsaufwand sie für die Klassenleitung, für die Schulleitung, für die Lehrerkonferenz, für Gespräche mit Heilpädagoginnen und Gespräche mit Beratungsstellen betreiben müsse. Er persönlich wäre vorsichtig anzunehmen, dass die Schulsozialarbeit mehr Administrationsaufwand verursache, als einer normalen Lehrperson einer Schule im Kanton Bern anfalle.

Er finde es persönlich und auch inhaltlich schade, dass seit der ersten Diskussion im Juni 2012 keine Bewegung in die Sache gekommen sei. Das Gegenteil sei der Fall, da seiner Meinung nach zwischen den Gegnern und den Befürwortern von Schulsozialarbeit nie Gespräche stattgefunden haben, um das Thema einmal eingehend zu diskutieren und vielleicht auch, um einen Kompromiss zu finden. Die angefangenen Arbeiten seien vom Gemeinderat "abgemurkst" worden und die Zwischenresultate seien nicht kommuniziert worden. Die ihm vorliegenden Ergebnisse seien nicht veröffentlicht worden. Er habe diese auf einem verschlungenen Weg erhalten. Obwohl das Vorgehen der bürgerlichen Parteien (Antrag auf Wiedererwägung) legitim sei, hinterlasse dieser quasi erste nach den Wahlen eingereichte Vorstoss doch ein schales Gefühl.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Situation, dass die Schulsozialarbeit ein berechtigtes Anliegen sei, werde momentan daran gearbeitet, eine Aktionsgruppe zu Gunsten der Schulsozialarbeit auf die Beine zu stellen. Die Arbeit sei schon relativ weit fortgeschritten. Die Gruppe werde breit abgestützt sein und mit Vertretern aus der Politik, der Schule und aus der Elternschaft besetzt sein. Nach dem heutigen, absehbaren Entscheid werde sich die Aktionsgruppe zusammensetzen, um die nächsten möglichen Schritte zu diskutieren. In der Aktionsgruppe sei man nach wie vor davon überzeugt, dass die Schulsozialarbeit nach Langenthal gehöre. Dementsprechend werde alles unternommen, dass die Schulsozialarbeit in Langenthal eingeführt werde.



Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Wie bereits im Eingangsvotum erwähnt, werde er sich zum Geschäft nicht äussern. Anhand des vorangegangenen Geschäfts - worin der Stadtrat über eine Kreditabrechnung Beschluss gefasst habe und im Rahmen der Beratung erklärt habe, was gut und was nicht gut gemacht worden sei - lasse sich der Grund für die Zurückhaltung erklären. Es gelte sich nun einmal in die Situation des Gemeinderates zu versetzen. Der Gemeinderat habe nämlich die erste Motion (erheblich erklärt am 18. Juni 2012) speditiv in Auftrag gegeben. Mit der Einreichung der Gegenmotion, die auch erheblich erklärt worden sei (18. März 2013) habe sich in der Folge aber eine Pattsituation ergeben. Es gelte sich doch zu fragen, was der Gemeinderat als Exekutivorgan jetzt tun soll. Hätte der Gemeinderat das Geschäft einfach weiterbearbeiten lassen sollen, obwohl im Parlament immer noch darüber diskutiert worden sei? Der Gemeinderat habe sich für ein anderes Vorgehen entschieden, weil ihm sonst im Nachhinein wahrscheinlich der Vorwurf gemacht worden wäre, dem Parlament nicht Folge zu leisten.

Mehrfach sei gesagt worden, dass gewisse Informationen, die bereits erarbeitet worden seien, hätten bekannt gemacht werden sollen. Der Gemeinderat habe sich diese Informationen bewusst gar nie vorlegen lassen. Die x-mal zitierte Liste, welche offenbar auf dem Tisch liege, habe den Weg durch eine Hintertür genommen. Normalerweise werde ein Geschäft erarbeitet und wenn es fertig sei, werde es dem Stadtrat mit der entsprechenden Dokumentation vorgelegt. Wenn aber mitten in einem Geschäft ein politischer Riegel geschoben werde, dann werde die Erarbeitungsphase aus der Sicht des Gemeinderates nicht mehr weitergeführt. Demgemäss werden auch keine einzelnen Resultate herausgegeben, da das Konzept der Erarbeitung an einer zufälligen Stelle unterbrochen worden sei, so dass für das Ergebnis relevante Punkte vielleicht noch gar nicht erarbeitet worden seien, als die zweite Motion erheblich erklärt worden sei. Der Gemeinderat habe die Sistierung bewusst schnell beschlossen, weil er sich auch durch die eingereichte Beschwerde nicht habe unter Druck setzen lassen wollen. Der Gemeinderat hätte damit taktieren können, mit der Beschwerde Zeit zu gewinnen, indem er die Erarbeitung im Sinne des Konzepts in der Hoffnung, dass diese vor der Behandlung durch den Statthalter abgeschlossen sein werde, hätte weiter laufen lassen können.

Er appelliere an das Parlament, die Spielregeln zu beachten. Der Gemeinderat ändere die Spielregeln nicht leichtfertig, nur weil sie dem Einen oder Anderen politisch nicht ganz passen. Der Gemeinderat liefere auch keine Zwischeninformationen zu Geschäften, die noch in der Erarbeitung und damit noch gar nicht beschlussreif seien. In diesem Zusammenhang stelle er mit Erstaunen fest, dass gewissen Leuten manchmal Unterlagen zu Geschäften zur Verfügung stehen, die noch in der Erarbeitung seien und sich vielleicht noch in den Kommissionen befinden. An dieser Stelle erinnere er daran, dass die Arbeit in den Kommission grundsätzlich vertraulich sei.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Die überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal** (erheblich erklärt am 18. Juni 2012; Wiedererwägungsbeschluss vom 18. März 2013) **wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 15 Enthaltungen):

1. **Die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit** (erheblich erklärt am 18. März 2013) **wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. **Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Reduktion der Grünabfuhr-Gebühren** (erheblich erklärt am 18. März 2013); **Berichterstattung und Abschreibung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Kenntnisnahme**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Gemeinderat Pierre Masson: Im Namen des Gemeinderates nehme er sehr gerne Stellung zum ersten Geschäft in diesem Jahr, mit dem nach vorwärts in die Zukunft geschaut werde.

Die Unterlagen zum am 18. März 2013 erheblich erklärten Postulat seien ziemlich umfangreich. Die Grünabfuhr-Geschichte habe bereits vor der Einreichung des Postulats am 19. November 2012 begonnen. Am 17. Oktober 2012 habe der Gemeinderat das Finanzamt in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt beauftragt, die Gebühren des Abfallwesens zu untersuchen und aufzuzeigen, wie in der Spezialfinanzierung Kehricht die unnötigen Überbestände künftig vermieden werden können. Der daraus entstandene Bericht liege vor und diene zur Beantwortung des Postulats.

Im Bericht sei ersichtlich, dass sich die Gebühren im Kehrichtbereich im Vergleich mit anderen Ortschaften zeigen lassen können. Trotzdem müsse etwas an der Höhe der Gebühren "geschraubt" werden. Die Spezialfinanzierung Kehricht weise heute einen Bestand von Fr. 1,8 Mio. auf. Ohne Gegensteuer zu geben, würde der Bestand bis ins Jahr 2018 auf rund Fr. 2,6 Mio. auflaufen, was dem Kostendeckungsprinzip widerspreche, wonach Gebühren der Begleichung von Aufwendungen dienen sollen.

Die Verwaltung schlage vor, den Bestand auf Fr. 750'000.00 zu vermindern. Anhand dreier Modelle werde erklärt, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Der Gemeinderat habe sich für die Ausarbeitung einer Vorlage gemäss Modell "2/3 Grundgebühr, Halbierung Grüngutgebühr" entschieden und damit auch veranlasst, die entsprechenden Änderungen im Abfallreglement und in der Abfallverordnung vorzubereiten.

Die angepassten Dokumente werden den zuständigen Behörden zu gegebener Zeit vorgelegt, was aber nicht Teil der heutigen Beratung sei.

Mit den Erläuterungen im Bericht sei der Prüfauftrag des Postulats erledigt, womit das Geschäft von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden könne.

GPK-Mitglied, Pascal Dietrich (II): Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass sehr sorgfältig und ausführlich Bericht erstattet worden sei, was als lobenswert gerühmt worden sei. Andererseits habe es aber auch Stimmen gegeben, die den für die Berichterstattung betriebenen Aufwand als an der oberen Grenze bezeichnen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe keine formellen Mängel aber einen kleinen Mangel (Schreibfehler) im Bericht festgestellt. Unter dem Titel "13. Zusammenfassung" stehe, dass der angestrebte Bestand der Spezialfinanzierung von Fr. 0,75 Mio. etwa im Jahr 2021 erreicht sein werde, was aber falsch sei, da die angestrebte Zielgrösse - gemäss dem ausführlichen Bericht und gemäss einer entsprechenden Bestätigung von Gemeinderat Pierre Masson - im Jahr 2026 erreicht sein werde.

Die Geschäftsprüfungskommission habe ferner festgestellt, dass beim vorliegenden Geschäft erstmals die automatische Abschreibung von Postulaten gemäss dem revidierten Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Anwendung komme.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle auch fest, dass die Gebühren-Thematik ein separates Stadtratsgeschäft ergeben werde.

Postulant Christoph Stäger (glp): Für die wirklich sorgfältige Aufarbeitung des Postulats und das sehr gute Ergebnis danke er dem Gemeinderat bestens. Mit der Abschreibung des Postulats sei er, als auch die EVP/glp-Fraktion, einverstanden.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

III Abstimmung:

Der Stadtrat gestützt auf Art. 35 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, nimmt Kenntnis von der Berichterstattung des Gemeinderates zum Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Reduktion der Grünabfuhr-Gebühren (erheblich erklärt am 18. März 2013).

Gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates wird das Postulat damit als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Brunnen Wuhrplatz (Erarbeitung und Realisierung neues Brunnenkonzept); Stellungnahme¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Mit der Motion würde der Gemeinderat beauftragt, ein neues Brunnenkonzept für den Wuhrplatz zu erarbeiten und zu realisieren.

Im Sinne von *"Was lange währt, wird endlich gut!"* habe am 24. September 2011, anlässlich der 1150-Jahr-Feier der Stadt Langenthal, der neugestaltete Wuhrplatz - nach nota bene einer rund 25 Jahre dauern- den Planung - eingeweiht und in Betrieb genommen werden können. Der neue Wuhrplatz bereite Freude. Er wirke belebend auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben und trage die Handschrift der Einzigartigkeit.

Ein Element des Wuhrplatzes, der Brunnen - in Gestalt einer zylindrischen, in grüner Farbe gehaltenen Säule, über deren Rand das Wasser sanft ströme - habe von Anfang an zu reden gegeben. Eigentlich handle es sich dabei nicht um einen Brunnen, wie man ihn sich im landläufigen Sinne vorstelle.

Der Brunnen sei ein Element einer ganzen Platzgestaltung. Im Rahmen eines im Jahre 2008 lancierten Wettbewerbes "Kunst am Bau", wozu 13 Projekte eingereicht worden seien, sei das Projekt "Tropfen" von Eva Bertschinger von der Jury zum Siegerprojekt erkoren worden. Aus rechtlicher Sicht heisse das nun, dass aus dem Gesamtprojekt keine Einzelteile herausgebrochen werden können, ohne die urheberrechtlichen Ansprüche von Frau Eva Bertschinger nicht zu respektieren. Wem die Nase in einem Picasso-Bild nicht gefalle, könne diese auch nicht einfach anders gestalten.

Aufgrund der urheberrechtlichen Frage habe sich der Gemeinderat in der Vorbereitung zur vorliegenden Motion mit Frau Eva Bertschinger in Verbindung gesetzt. Frau Bertschinger sei für eine Besprechung nach Langenthal gekommen. Sie nehme grundsätzlich in Anspruch, dass der Brunnen ein Element ihrer Gestaltung sei und, dass sie nicht damit einverstanden sei, den Brunnen - weil er nicht gefalle - einfach anders zu gestalten. Frau Bertschinger habe sich jedoch dazu bereit erklärt, am jetzigen Brunnen allenfalls noch Verbesserungen anzubringen (Beispiele: Einbau einer stärkeren Wasserpumpe, um das Wasser fulminanter über die Zylinderoberfläche strömen zu lassen; Vornahme einer gestalterische Massnahme am oberen Rand, um die Leitung des Wasserspiels anders in Erscheinung treten zu lassen). Frau Bertschinger sehe den Brunnen aber als ein Element des Gesamtwerkes namens "Tropfen", worin der Brunnen das Zentrum der konzentrischen Wellen bilde, die sich - dargestellt mit hellen und dunklen Guber-Pflastersteinen aus der Innerschweiz - über den ganzen Platz ausbreiten. Diese Darstellung mache die Einzigartigkeit des Platzes aus, zumal er persönlich noch kein Bild einer vergleichbaren oder ähnlichen Platzgestaltung gesehen habe.

Der Gemeinderat ziehe den Schluss, dass das Ansinnen der Motion aus urheberrechtlichen Gründen nicht einfach frei umgesetzt werden könnte. Auch wenn sich eine politische Mehrheit dafür aussprechen würde, könnte dieses Ziel, ohne das Einverständnis von Frau Eva Bertschinger nicht erreicht werden. Ausserdem stelle sich die Frage, ob dies überhaupt gewollt sei, da der Brunnen nicht nur Nachteile aufweise. Über den Brunnen sei nicht nur viel gesprochen worden, er habe sich in Bezug auf Sicherheit und Vandalismus bisher grundsätzlich bewährt.

¹ Am 14. November 2013 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Der Gemeinderat beantrage dem Parlament, den Vorstoss in Form der Motion, als auch im Falle deren Wandelung in die Form des Postulats, nicht erheblich zu erklären. Die Haltung des Gemeinderates basiere massgeblich, ausser auf gestalterischen und urheberrechtlichen Fragen, auch auf finanzpolitischen Überlegungen mit Bezug auf die Priorität. Im vorliegenden Fall verhalte es sich etwas anders, als ein neu gekauftes Auto vielleicht sofort und ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Kosten vom Carrossier umspritzen zu lassen, weil dessen Farbe plötzlich nicht mehr gefalle.

Der Gemeinderat qualifiziere die Motion als Motion mit Weisungscharakter, weil die Umsetzung des Ansinnens nicht innerhalb der gemeinderätlichen Kreditkompetenzen möglich wäre. Obwohl der Gemeinderat den Vorstoss in Form der Motion als auch des Postulats zur Ablehnung empfehle, sei dieser mit Frau Eva Bertschinger in Kontakt, um Verbesserungen am Brunnen zu realisieren.

Motionär Christoph Stäger (glp): Wegen den verheerenden Überschwemmungen von früher, tue sich Langenthal vermutlich schwer, im Wasser zu stehen. Der Vorstoss von Pascal Dietrich für einen besseren Einbezug von Wasser in das Stadtbild und die neue Gestaltung des Wuhrplatzes würden aber zeigen, dass der Bann langsam breche. Auch das gestalterische Konzept "Tropfen" zur Neugestaltung des Wuhrplatzes stehe ganz im Zeichen von Wasser. Der Zugang zur Langeten sowie die wellenförmige Pflasterung stellen die Highlights des Platzes dar. Den einzigen Wermutstropfen im Konzept "Tropfen" bilde der Brunnen. Auch ohne eine repräsentativen Umfrage durchgeführt zu haben, sei es wohl unbestritten, dass ein Grossteil der Langenthaler und Langenthalerinnen von der Plexiglassäule nicht sehr begeistert sei. Wasser sei etwas Sinnliches, das sichtbar, hörbar und spürbar sein sollte. Diesem Anspruch werde der Brunnen beim besten Willen aber nicht gerecht, auch wenn das Plexiglas geputzt werde und zudem eine stärkere Pumpe eingebaut würde. Für den ansonsten gelungenen Platz sei dies schade.

Um die Langenthaler Bevölkerung ernst zu nehmen, die den Platz ja auch bezahlt habe, müsste seines Erachtens versucht werden, diesen Teil des ansonsten sehr guten Konzepts, noch zu optimieren. Wenn der richtige Ton gefunden werde, lasse Frau Eva Bertschinger sicher mit sich reden, um die urheberrechtlichen Probleme zu lösen. Schlimmstenfalls müsste das Kunstobjekt halt zurückgegeben werden.

Aufgrund der gegebenen Situation wäre die Umfunktionierung in einen Springbrunnen die einfachste Lösung. Gemäss Einschätzungen von Fachleuten wäre dies technisch einfach möglich und wahrscheinlich billig. Damit würde sogar die regelmässig notwendige Reinigung der Plexiglassäule wegfallen. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass eine grössere Stellfläche für mobile Installationen zur Verfügung stehen würde. An der Sicherheit für die Kinder würde diese neue Situation nichts ändern. Wer sich im Sommer schon einmal dem Bundesplatz in Bern aufgehalten habe, wisse, welches Riesengaudi die Kinder an einem Wasserspiel haben.

Mit einer kleinen Nachkorrektur könnte der Wuhrplatz zur Freude der Langenthaler und Langenthalerinnen erheblich aufwertet werden.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Kunst sei zum Glück keine exakte Wissenschaft. Der Brunnen auf dem ansonsten gelungenen Wuhrplatz vermöge auch nicht allen Mitgliedern der FDP/jll/BDP-Fraktion zu gefallen, was aber allenfalls ein Luxusproblem darstelle.

Eine breit abgestützte Jury habe mittels dem durchgeführten Wettbewerb dieses Gesamtprojekt mit Brunnen zum Siegerprojekt erkoren, weshalb auch dieses Projekt umgesetzt worden sei. Die FDP/jll/BDP-Fraktion schliesse sich der Meinung des Gemeinderats an und werde den Vorstoss weder in der Form der Motion noch in der Form des Postulats erheblich erklären.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher: Auch die SVP-Fraktion werde den Vorstoss weder in der Form einer Motion noch in der Form eines Postulats erheblich erklären. Die Ausführungen des Stadtpräsidenten seien nachvollziehbar.

Er persönlich finde das Gesamtkunstwerk sehr schön. Wenn dem Wasserspiel etwas nachgeholfen werden könnte, damit mehr Wasser über die Säule laufe würde, wäre das seiner Meinung nach noch besser.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

SP/GL-Fraktion, Martina Moser (SP): Die SP/GL-Fraktion folge dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten. Die Gestaltung des Brunnens vermöge zwar auch die SP/GL-Fraktion nicht zu überzeugen, aber Kunst sei ja bekanntlich eine Geschmacksache, über die es sich zu streiten lohne. Die SP/GL-Fraktion sei aber der Meinung, dass der Brunnen nun einmal in das Werk des gesamten Wuhrlplatzkonzeptes gehöre, wofür man sich ausgesprochen habe. Zudem würde die Erarbeitung und Realisierung eines neuen Brunnenkonzeptes Geld kosten, das nach Ansicht der SP/GL-Fraktion gespart bzw. für Notwendigeres eingesetzt werden soll.

Die SP/GL-Fraktion mache den Gemeinderat an dieser Stelle gerne darauf aufmerksam, dass es als praktisch erachtet würde, wenn der Brunnen für die Durchführung von grösseren Anlässe vorübergehend jeweils entfernt werden könnte.

Markus Gfeller (FDP): Dass auf dem Platz ein Urheberrecht bestehe, welches sich die Stadt zum Zeitpunkt der Erstellung nicht habe abtreten lassen, erstaune ihn. In diesem Zusammenhang bitte er den Gemeinderat die Abtretung solcher Rechte doch inskünftig in die Vertragsverhandlungen miteinzubeziehen, damit sich die Stadt die urheberrechtlichen Eigentumsansprüche von Bauten jeweils auch mitüberbinden lasse. Er habe eigentlich gedacht, dass dies von den städtischen Juristen so gehandhabt werde.

Pascal Dietrich (JL): Der neue Wuhrlplatz gefalle ihm und auch den allermeisten Leuten, mit denen er darüber gesprochen habe. Der einzige Wermutstropfen bilde - wie Stadtrat Christoph Stäger bereits erwähnt habe - der sogenannte etwas verunglückt wirkende Tropfen in der Mitte. Der Brunnen sei seiner Meinung nach ein Flop, wogegen die Kreise darum wirklich gut seien. Mit der Problemanalyse von Stadtrat Christoph Stäger gehe er deshalb zu 100% einig.

Fraglich sei nun, was dagegen getan werden könne, da es auch seiner Ansicht nach nicht zu verantworten sei, wieder viel Geld aufzuwerfen, nachdem der Stadtrat die Kreditabrechnung des Platzes erst vor kurzem genehmigt habe und nachdem auch jedes Jahr ein riesiges Defizit genehmigt werden müsse. Schweren Herzens müsse er den vorliegenden Vorstoss - zumindest in der Form der Motion - aus rein finanziellen Gründen ablehnen, obwohl er ihn ideell absolut unterstütze. Er habe sich überlegt - falls der Vorstoss in der Form eines Postulats überwiesen würde - ob allenfalls eine private Beteiligung an den Kosten möglich wäre. Der Gemeinderat zeige diesbezüglich aber bekanntlich wenig Enthusiasmus, was sich auch schon beim Stadttheater-Projekt zeige, weshalb vermutlich auch dieses Vorgehen kein gangbarer Weg sei.

Wie Stadtrat Markus Gfeller staune auch er über das Urheberrecht. Wenn es denn wirklich so sein sollte, dass am ganzen Werk (von der Stele in der Mitte bis über den ganzen Platz mit den Kreisen) in den nächsten 70 Jahren nichts mehr geändert werden könne, dann komme er aus dem Staunen nicht mehr heraus. Seiner Meinung nach bestehe das Werk primär aus dem Brunnen in der Mitte, der nicht gefalle. Wenn denn Geld für eine Änderung vorhanden wäre, dann sei er wie Stadtrat Christoph Stäger der Meinung, den Brunnen halt an Frau Bertschinger zurückgegeben, womit das Problem mit dem Urheberrecht gelöst wäre. Den Brunnen mit einem Picasso zu vergleichen, finde er unpassend. Ein Picasso sei ein wirkliches Kunstwerk, wogegen der Brunnen lediglich eine gewisse Funktion auf dem Platz zu erfüllen habe.

Rudolf Lanz (FDP): Der Motion von Stadtrat Christoph Stäger bringe er sehr grosses Verständnis entgegen. Ihn persönlich mache jedoch die parlamentarische Mitwirkung am ganzen Projekt betroffen. Zuerst sei eine Wettbewerbsjury zusammengestellt worden, zu deren Zusammensetzung der Rat nichts zu sagen gehabt habe. Nach dem Juryentscheid habe der Rat erstmals etwas zum Detail des Gesamtkonzeptes sagen können. Nun werde bekannt, dass aufgrund von Urheberrechten am Ergebnis nichts geändert werden könne. Wenn er als privater Bauherr mit dem Ergebnis nicht zufrieden sei, dann lasse er entsprechende Änderungen daran vornehmen, ohne dass Dritte darüber bestimmen, ob dies gut oder nicht gut sei.

Der Brunnen werde wunderbar als ein Tropfen beschrieben. Er persönlich erinnere sich bei Betrachtung des Brunnens an eine alte, mit grüner Farbe gestrichene Pissoiranlage, weshalb auch er der Meinung sei, dass der Brunnen nicht auf den sonst so wunderbar gestalteten Platz passe.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Wie Stadtrat Markus Gfeller sei auch der Meinung, dass solche Urheberrechte abgetreten werden sollten. Andernfalls soll der Auftrag nicht vergeben werden können. Das Parlament soll - auch wenn es etwas koste - etwas dazu zu sagen haben.

Er werde die Motion von Stadtrat Christoph Stäger unterstützen.

Samuel Köhli (SP): Stadtrat Rudolf Lanz habe Unrecht, im Brunnen ein Pissoir zu sehen. Er jedenfalls habe noch nie Pissoir aufgesucht, das rund sei. Der Platz sei seit knapp einem Jahr offen und schon werde über dessen Veränderungen diskutiert. Er schlage vor, den Brunnen fünf Jahre lang so zu belassen, wie er sei. In dieser Zeit werde sich die Meinung darüber vielleicht ändern. Moderne Kunst werde oftmals ein paar Jahre später als grosser Wurf betrachtet.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Ein Wettbewerbsverfahren im Bereich Bau soll dazu führen, eine möglichst abgestützte und gute Idee zur Realisation vorschlagen zu können. An Stadtrat Rudolf Lanz gerichtet, halte er fest, dass mit dem Projekt und dem Kredit auch bekannt gewesen sei, was zur Umsetzung komme, indem der Wettbewerb durchgeführt worden sei, bevor der Stadtrat das Projekt und den Kredit beschlossen habe.

Der Wettbewerb sei durchgeführt worden, um eine Idee für die Gestaltung des Platzes zu erhalten. Das damals ermittelte Siegerprojekt enthalte nun aber ein nicht so passendes Element (Brunnen), dessen Änderung aus urheberrechtlichen Gründen nicht so einfach möglich sei.

Stadtrat Markus Gfeller gebe er Recht, dass es Verfahren betreffend das Urheberrecht gebe, die entsprechend lanciert werden können. Damit verbunden sei aber, dass den Wettbewerbsteilnehmenden mehr bezahlt werden müsse. Beim Bahnhof sei ein entsprechendes Verfahren durchgeführt worden, bei dem zum Schluss gesagt worden sei, dass man sich nicht auf dem Resultat behaften lassen wolle. Zudem gebe es SIA-Vorschriften darüber, wie mit Berechtigungen an Gesamtideen aus Wettbewerben umzugehen seien.

Auf ein Picasso-Bild habe er nur hingewiesen, weil auch bei einem Picasso ein nicht passendes Element nicht einfach und problemlos herausgebrochen und ersetzt werden könne.

Der Wettbewerb habe via dem gewählten Verfahren (Einsetzung einer Jury) zu einer Lösung geführt. Die Jury habe sich für ein Gesamtprojekt entscheiden müssen, da es nicht möglich sei, sich wahlweise an Elementen aus den verschiedenen Wettbewerbsprojekten zu bedienen.

Der Gemeinderat wolle auch aus Fairnessgründen den Brunnen nicht ersetzen. Der Gemeinderat teile auch das Ansinnen nicht, den Brunnen zurückgeben zu können, den Rest der Gestaltung aber natürlich zu behalten. Als Erfinder des Projektes würde er wahrscheinlich sagen, alles wieder zurückerhalten zu wollen.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Die Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Brunnen Wuhrplatz (Erarbeitung und Realisierung neues Brunnenkonzept) **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

1. Die Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Brunnen Wuhrplatz (Erarbeitung und Realisierung neues Brunnenkonzept) **wird nicht erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Interpellation Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. November 2013 betreffend "Steine des Anstosses" (Randabschlüsse an der Aarwangenstrasse mit Steinen "made in China"); Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Interpellant Paul Bayard (SP): Obwohl die Antworten nicht in allen Teilen in seinem Sinn seien - was ihn auch nicht überrasche - danke er dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung seiner Interpellation.

Es sei ihm nie darum gegangen mit der Interpellation die Randabschlüsse an der Aarwangenstrasse wieder ausgraben zu lassen, sondern darum, einen Denkanstoss zu liefern. Er erachte eine Interpellation als ein Zwischenruf und nicht als mehr. In diesem Sinne habe die Interpellation ihren Zweck erfüllt, da noch einmal über das Thema nachgedacht worden. Zudem werde damit aufgezeigt, dass der Gemeinderat bestrebt sei, die lokalen und schweizerischen Überlegungen zu berücksichtigen, zumal auf dem Wuhrplatz und in der Märitgasse Steine aus der Schweiz verwendet worden seien.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 18. Dezember 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

7. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 A. Eingereichte Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014: Namenstafel beim Gemeinschaftsgrab

Motionstext:

"Namenstafeln beim Gemeinschaftsgrab

Auf dem Friedhof Langenthal besteht die Möglichkeit die Urne nach einer Kremation in das Gemeinschaftsgrab zu legen.

Verschiedentlich wird dort eine Namenstafel vermisst.

Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Gemeinschaftsgrab eine Tafel zu errichten, auf welcher auf Wunsch Vor- und Nachname sowie Jahrgang und Todesjahr festgehalten werden."

Anita Steiner-Thaler und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



8 B. Eingereichte Interpellation Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. Januar 2014 betreffend "Geschwindigkeitsmessungen: Sie fahren ..."

Interpellationstext:

"«Geschwindigkeitsmessungen: Sie fahren ...»"

Der Stadt Langenthal ist die Prävention und die Sicherheit der Bevölkerung stets wichtig. Deshalb wurden auch schon mittels flexiblem Gerät Geschwindigkeitsmessungen mit Anzeigen «Sie fahren ...» durchgeführt. Diese gelten als eine Dienstleistung für die Bevölkerung und es folgen keine Bussen. Solche Messungen: «Sie fahren ...» wirken verkehrsberuhigend und sehr präventiv. Sie sensibilisieren die Autofahrer auf ihr bewusstes oder unbewusstes Verhalten.

Leider habe ich seit längerer Zeit diese Geschwindigkeitsmessungen nicht mehr gesehen.

Kleine Schritte zu mehr Sicherheit, wohlwollend und nah beim Bürger können grosse Wirkung haben. Deshalb finde ich es schade, wenn solche Messgeräte nicht im Einsatz sind.

- *Besitzt die Stadt ein Geschwindigkeitsmessgerät mit Anzeige?*
- *Was sind die Kriterien, dass solche Messungen durchgeführt werden?*
- *Spricht etwas gegen einen regelmässigen, abwechselnden, häufigen Einsatz irgendwo in Langenthal?"*

Beatrice Greber und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ *Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.*



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 20. Januar 2014

9. In eigener Sache

Stadtratspräsident Markus Bösiger: Für das Ausharren an der ersten Sitzung des Jahres 2014 danke er allen Anwesenden. Dem Rat danke er für die engagiert geführten Debatten.

Im Rahmen der kommunalen Siedlungsrichtplanung finde morgen Dienstag, 21. Januar 2014, um 19.00 Uhr im heutigen Sitzungssaal ein Infoanlass zum Thema Stadtraum statt. An diesem Anlass werde die Bevölkerung in das wichtige Thema Stadtraum miteinbezogen. Er würde sich über eine grosse Beteiligung von Mitgliedern aus dem Stadtrat freuen.

Die nächste Stadtratssitzung finde am Montag, 24. Februar 2014 statt.

Traditionsgemäss lade er als neuer Stadtratspräsident alle Anwesenden zum direkt an die Stadtratssitzung anschliessenden von ihm offerierten Apéro ein.

(Applaus)

stadtlangenthal

STADTRAUM
auf dialog bauen.

Einladung zum Info-Abend Stadtraum
Dienstag, 21. Januar 2014 | 19.00 Uhr | Alte Mühle | Müllesaal 303

**Ist Langenthal reif für Hochhäuser?
Rückt das Nachbarhaus einen Meter näher?
Wieviel Sport verträgt es im Hard?**

Diese und ähnliche Fragen stellen sich im Zusammenhang mit den knapper werdenden räumlichen Ressourcen unserer Stadt. Um Antworten auf diese Fragen zu finden, planen wir eine lose Serie von Workshops mit Ihnen. In gemeinsamen Dialog ergründen wir die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen, die hier leben, arbeiten, planen und investieren.

Wir laden Sie zum Info-Abend in die Alte Mühle Langenthal ein. An diesem Abend stellen wir Ihnen den kommunalen Siedlungsrichtplan mit dem Projektitel «Stadtraum» vor.

Die gewonnenen Erkenntnisse fliessen in den neuen kommunalen Siedlungsrichtplan – Stadtraum – ein. Dieses Grundlagenpapier enthält verbindliche Richtlinien, die in den kommenden zwei Jahrzehnten für die typische Langenthaler Lebensqualität stehen.

Die Programmschwerpunkte:

- Was ist ein Siedlungsrichtplan?
- Weshalb braucht es einen Siedlungsrichtplan?
- Wie soll der Siedlungsrichtplan erarbeitet werden?
- Wer gestaltet und wirkt mit?
- Wann finden die Workshops statt?

Gestalten Sie Ihren Stadtraum aktiv mit, wir bauen auf den Dialog mit Ihnen.

Im Anschluss:
■ Erste Fragen beantworten und Dialog eröffnen.

Wir freuen uns, Sie am 21. Januar in der Alten Mühle zu begrüssen.

Der Gemeinderat
der Stadt Langenthal

Informieren Sie sich laufend:
www.langenthal.ch/stadtraum

Protokollauszug an

■ Gemeinderat
